





nahebeamt überließ auffaenderweise sämtliche Briefe einem Beamten der Gutschaffnungshütte zur Abschriftnahme. Als dann (Ende August) wurden Klose und Kersten freilos entlassen. Der Reichsabwählungskommissionar wies, um einer Kollage der beiden Angeklagten vorzubeugen, dem Kersten einen Vorstoß in Höhe von 20.000 M. an, den Klose — von Kersten hierzu ermächtigt — am 4. September 1920 persönlich bei der Bureaukasse des Heeresabwählungshauptamts abgab. Der Vorstoß war bemessen nach den durch die Angaben Kerstens vorausgesetzten dem Staate gerechneten Gesamtbeträgen. Am 27. September 1920 schrieb Klose und Kersten nach einem Telefongespräch mit Kersten an diesen, und beten dringend um baldige Anstellung, damit sie wieder ein Einkommen haben und für ihre Familien sorgen könnten, und gaben dabei einen Überblick über die Ereignisse bei der Hütte nach ihrer Entlassung.

Man vergegenwärtigt sich noch einmal den Sachverhalt: Das Reichsabwählungsamt eröffnet gegen eine privatkapitalistische Firma auf Grund schwerwiegender Beschuldigungen eine Untersuchung mit dem Ziel, dem Reich Riesenerträge, die ihm abgezugsweise wurden, zurückzugewinnen. Die örtliche Kriminalpolizei zerstreut im Dienste der Privatfirma die Fäden dieser Untersuchung und liefert die Beamten, die Anzeigerstellen hatten, der Rache dieser Firma aus. Das wirkt ein helles Licht auf das Verhältnis zwischen Privatkapital und Sozialbehörden und gibt auch einiges zu denken darüber, warum die staatsanwaltliche Untersuchung ergebnislos verlaufen mußte.

Zusammenfassend kann man sagen, daß die Gutschaffnungshütte, die unter einer so schweren Beschuldigung steht, bisher mit gefälliger Hilfe der örtlichen Kriminalpolizei dem Reichsamt auf der Nase herumgetanzt hat. Ihr Fall ist ein drastisches Beispiel für die Allmacht des Großkapitals und die Schwäche des Staates ihr gegenüber.

Diese Allmacht aufrechtzuerhalten ist für die Deutschnationale und die Deutsche Volkspartei das Ziel im gegenwärtigen Wahlkampf von Preußen. Der Großkapitalist im Industriegebiet, der Großgrundbesitzer auf dem Lande sollen unbeschränkt herrschen und vor jeder Störung durch eine staatliche Verwaltung geschützt sein, die es mit der Wahrung des allgemeinen Volksinteresses ernst nimmt. Darum läßt man Millionen Flugblätter drucken, hat man Tausende Agitatoren dressiert, die den Schrei ins Land gehen lassen: „Fort mit der sozialdemokratischen Wirtschaft!“

Schade, daß man nicht erfahren kann, welchen Betrag die Gutschaffnungshütte für diese Agitation gezahlt hat!

## Worte gegen Tatsachen.

Der Richterverein am Essener Landgericht protestiert in energischer Weise gegen den sozialdemokratischen Aufruf zu den preussischen Landtagswahlen, in dem u. a. folgende Sätze vorkommen:

Die gegenwärtige preussische Justiz ist ein Hohn auf das Rechtsempfinden des Volkes. Reaktionäre Mörder werden freigesprochen, reaktionäre Ehrabschneider mit schmerzlichen Geldstrafen belegt und jedes Verbrechen gegen die Arbeiter gutgeheißen. Die Justiz ist durch die reaktionäre Gefinnung zureicher Richter und ihre Unabsetzbarkeit zum ärgsten Schandfleck Preußens geworden.

Der Protest des Essener Richtervereins wird auf die Sozialdemokratie und auf die hinter ihr stehende Arbeiterschaft nur geringen Eindruck machen. Mit Worten schafft man keine Tatsachen aus der Welt, und die Handlungen der Justiz haben seit der Revolution mehr als genug bewiesen, daß ihre Beibehaltung in ihrer gegenwärtigen Form in einer demokratischen Republik ein Übel ist. Es liegt in den Händen der Richter, das ungünstige Urteil der Arbeiterschaft aus der Welt zu schaffen, indem sie sich von jeglicher Klassenvoreingenommenheit freimachen. Solange aber die von ihnen gefällten Urteile das Gegenteil hiervon beweisen, denkt die Sozialdemokratie nicht daran, auch nur ein Wort von dieser ihrer Auffassung zurückzunehmen.

## Der Betrogene.

Der Vorhang fuhr hoch. Die Schiffe knallten. Aufschreiend entfloß das Frauenzimmer. Der Mann aber, mit zitternden Händen und die Augen vor Grauen weit: „Ach hab' sie getötet! Ach hab' sie getötet!“ Türen aufschließen und wurden zugeworfen. Der Bruder stürzte auf die Bühne. Zusammenbrechend der Mann: „Ist sie verwundet?“ Doch ehe die Antwort des Bruders kam, gestellte er sich durchs Parkett. Eine Frau schrie einen Namen. Neben ihr der Mann rief sie hoch. Krallte die Finger in ihren Hals, an dem Silberkettchen klirrte, und würgte sie. „Hilf! Hilf!“ schrie er stöhnend der Frau durch den Raum, den Jähteris polstete. Klappfessel knallten dumpf auf. Frauen freischten. Hände redeten sich. Hilfe zu bringen durch die steilen Treppen der Sessel war schwer. „Nicht! Nicht!“ hallten angestrengte Stimmen durch die Gewölbe. Die Frau glitt langs des Sessels zu Boden. Der Mann stürzte mit bebendem Rufe über sie, seine Finger fester in das zarte Fleisch des Halses eingraben. Fessende Griffe, die ihn hielten, entglitten. Nicht tobt wie ein Heer strafender Engel durch den Raum. Die Frauen des jüngsten Gerichts schienen zu bloßen. Das Haus sperrte den roten Nachen auf. Senker der Befragung mischten sich in die symphonische Dichtung des Grauens. Saalwörter waren zur Stelle. Man rief den Mann von seinem Opfer fort, das mit hängenden Armen aufgehoben wurde. Ein junger Mensch brach sich Bahn durch den Ansturm der Erregten. Man sah, wie das Antlitz des Mörders knirschende Leidenschaft neu verzerrte. Der junge Mensch sah die Hände des Mannes. Wortgestammel tropfte von seinen Lippen. Der Mann wurde sahl. Schweiß machte seine Stirne feucht. Schgrauke Angst mischte sich in sein Entsetzen. Wie eine Fackel in windiger Höhle heulte der Name der Frau in seinem Munde. Dann schien blinder Wille traumwandlerisch alles fortzureißen. Ein Ruf machte ihn frei und führte ihn durch das Gedränge der Unschlüssigen in den Vorraum, in dem ein Arzt über seine Frau gebeugt kniete. „Ist sie tot?“ rief er namenlos brennend hervor. „Es ist nicht wahr!“ Rufe kamen.

Das Drama vom betrogenen Ehegatten aber konnte, wenn auch vor weniger aufmerksamen Publikum, fortgeführt werden.

Marée.

Tranontheater: „Die Gesellschaft des Abbe Chateaufort“ von Edward Stucken. Studien, der Verfasser frisch stimmungsvoller, mit feingefühlter Vers- und Reimkunst illustrierter Dramen entrollt in dieser vor Jahren im Hebbeltheater aufgeführten „Tranontheater“ ein farbiges Bild vom Geist und Treiben aristokratischer Pariser Kreise in der Zeit vor der französischen Revolution. Rimon de l'Enclos, die vielberühmte Virtuosa der Gaieté, von der erzählt wird, daß ihr Sohn bei der Begegnung mit der ihm unbekannten Mutter von

## Der Fall Prießdorf.

Wir erhalten folgende Erklärung:

Berlin, den 10. Februar 1921.

Im Interesse der Gesundheit der Schupolizeibeamten legen wir besonderen Wert darauf, die Erklärung abzugeben, daß uns als Vorstandsmitgliedern von der in der „Berliner Morgenpost“ vom 10. Februar 1921, Nr. 34, abgegebenen Solidaritätserklärung des Vorstandes des Landesverbandes des Berufs der Schupolizeibeamten, namens 45.000 Mitglieder, für Geh. Rat v. Prießdorf, nichts bekannt gewesen ist und wie dieselbe aus ersten Bränden nicht guthelßen.

gez. Albrecht, Polizeimajor.  
gez. Beske, Zugwachmeister der Schupolizei.  
gez. Scheppe, Polizeileutnant.  
Sämtlich Mitglieder des Vorstandes des Preuß. Landesverbandes.

## Nachklänge vom Kapp-Putsch.

Vor dem Schwurgericht in Stade wurde in der letzten Woche gegen mehrere Angeklagte verhandelt, die beschuldigt waren, gelegentlich der Abwehr des Kapp-Putsches in Harburg den berüchtigten Hauptmann Berthold getötet zu haben. Der Prozeß endete am Donnerstag mit der Freisprechung der Angeklagten. Der Staatsanwalt selbst trat für den Freispruch ein. Aus der Rede des Staatsanwalts ist bemerkenswert, daß Hauptmann Berthold sich seinerzeit gegen den ihm gegebenen Befehl gewandt habe, da er in Harburg mit seinen Truppen selbständig ausgezogen sei. Aus allem gehe hervor, daß Berthold den Kapp-Putsch unterstützen wollte, und damit sei seine hochverräterische Handlung erwiesen. Die Geschworenen verneinten bei beiden Angeklagten die Schuldfrage und das Gericht erkannte auf Freisprechung.

## Sand in die Augen!

Die deutschnationale Fraktion hat zur Beratung des Reichsarbeitsministeriums im Reichstag folgenden Antrag eingebracht:

„Der Reichstag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Kapitalbeteiligung der Angestellten und Arbeiter in den dazu geeigneten Unternehmungen gewährleistet, der die Grundlage für eine weitgehende Einführung der Gewinnbeteiligung schafft und den Angestellten und Arbeitern die Ausübung dieser Rechte durch Organisationen, die sich diesem Zweck anpassen, ermöglicht.“

Es ist kein Zufall, daß dieser Antrag gerade jetzt, neun Tage vor den Preußenwahlen, im Reichstag eingebracht wird. Die Deutschnationalen greifen auf ihren von Unternehmerseite schon in der Sozialisationskommission gemachten Vorschlag zurück, die Arbeiter am Gewinn zu beteiligen, um dadurch die Forderung der gesamten Arbeiterschaft nach einer Sozialisierung der hierzu reifen Betriebe möglichst zu entkräften. Das soziale Rätschen, das die Vertreter der Profitinteressen sich mit diesem Antrage umhängen, ist von der Arbeiterschaft längst in seiner Fadenheftigkeit durchschaut worden, und es zeigt nicht gerade von einem tiefgehenden Verständnis der Deutschnationalen für die proletarischen Interessen, wenn sie jetzt nochmals einen Vorstoß in dieser Richtung unternehmen.

Ein lustiger Zufall fügt es, daß auf der Rückseite des Setzungsabschnittes aus der „Post“, der wir diesen eben abgedruckten Antrag entnehmen, folgendes zu lesen ist:

„Gegen die Zwangswirtschaft. Gegen die Zwangswirtschaft wendet sich folgender Antrag der bayerischen Mittelpartei: Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die Zwangswirtschaft von Milch und Milchprodukten nach Sicherstellung derselben für Säuglinge und Kranke sofort und für Getreide aus der Ernte 1921 grundsätzlich aufgehoben wird.“

Dieser Antrag ist eine treffende Illustration der „Sozialpolitik“ unserer reaktionären Parteien. Glänzend verstehen sie es, für die hinter ihnen stehenden Geldgeber zu sorgen: Die Arbeitgeber

als führender Lebenskraft für die noch immer Schöne ergriffen worden sei, ist Mittelpunkt der Szenen. Die Schilderung des Milieus verweilt sich mit einer spannend polarisierten, bei allem Raffinement gekünstelter Voraussetzungen auch psychologisch interessanten Handlung.

Eine Gesellschaft des Abbe Chateaufort, eines der Freunde und Liebhaber Rimon, der die geheimnisvolle Herkunft des jungen Menschen und seine Schwärmerie für Rimon kennt, führt die beiden zusammen. Des Abbe Warnen ist vergeblich. Alle Versprechungen, die sie dem toten Vater machte, die Wege des Sohnes nie zu kreuzen, sind vergessen. Sie will ihn leben, wenn er auch nie erziehen soll, daß sie ein Band des Bluts mit ihm verbindet. Der lang betäubte Trieb der Sehnsucht regt sich. Bald, die mütterlich belohnte Zärtlichkeit erhöht nur noch den Zauber, den sie ausstrahlt, laght die Blut des Jünglings zu heißer Flamme an. Zu spät gibt sie sich, in der Hoffnung, das werde den Seeligen retten, zu erkennen. Sein Kampf ist sich in einer Tat des Wahnsinns aus. Er stirbt davon und schließt sich eine Angel durch den Kopf. Sie aber schlüpft rasch wieder in die ihr zur Natur erworbene Maske der Weltknecht zurück, verläßt, als wäre nichts geschehen, am Arme des gelanten Abbe die Unglücksfälle.

Die Darstellung war schicklich und sicher auf den Ton wichtig kühnender Frivolität. Die damalige als Gipfel des Geschmacks galt, einheitlich einseitig. Ganz prächtig insbesondere Mita Grünung als fortpollente Marschallswitze, deren Beibehaltung jenseits ihres eigenen Spottes und des der anderen bildet. Sehr auf auch Falteln in der Rolle des schmerzlichen Dichters Scarron, der seine Förder mit melancholisch blühendem Witze tröstet. Am Verderberum fand die demotisch hellere reizvolle Rimon der Frau Konstantin, gleich ausgezeichnet in der schmerzlichen Wäuderei und dem Aufklingen warmen menschlichen Gefühls. Der Portier Brodman in Integrität in Mieser und Erscheinung die jugendliche Unschuld und verfliegene Schwärmerie des Sohnes ersprechend wider. Im ganzen ein Theat, wie man ihn auf dieser Bühne, die sonst nur geschäftlichen Spekulationen diente, selten erlebte.

Folgen der Kulturabgabe? Als Berlinererkennen wird uns geschrieben: „Die Kisten der für die freiverdenden Autoren geplanten Kulturabgabe werden die Abnehmer, nicht die Verleger tragen und die unbemittelten Autoren, die vorzüglich solche Schriftsteller erst nach ihrem Freiwerden zu erwerben in der Lage sind. Bisher kamen die mehr als 20 Jahre toten Autoren der Kultur des ganzen Volkes zugute, indem für geringes Geld ihre Werke in jedes Heim gelangen konnten. Dank der Kürzungen einzelner Verleger, die wohl ihren eigenen Nutzen dabei im Auge hatten, in Wirklichkeit aber der Gesamtheit dienten. Heute ist zwar von einer wesentlichen Senkung der Bücherpreise durch das Freiwerden wegen der hohen Herstellungsstellen nichts zu merken; geht aber das Geld durch, monoch die Bücher freiverdender Autoren abgekauft werden, so werden die Bücherpreise noch mehr steigen. Die Verleger kalifornieren ihre Preise auf das knapste wegen der Konkurrenz (sollten für Kellers Werke haben sich 10 Verlagsanstalten aufgetan). Aus diesem Grunde ist es umständlich, daß auf diesem Gebiete etwa Bücherwucher getrieben wird. Auch jetzt noch eine Abgabe für das Autorenrecht bezahlt werden, so wird diese auf das Publikum abgewälzt werden.“

solten durch eine Verfeinerung der Arbeiterschaft vor der drohenden Sozialisierung geschützt werden, und die Agrarier werden für ihre materiellen Opfer dadurch entschädigt, daß man die verhasste Zwangswirtschaft aufhebt. Der Arbeiter verdient ja genug, um in der freien Wirtschaft für ein Brot 15—20 Mark und für einen Liter Milch 3—4 Mark auszugeben!

## Das Programm der C.G.T.

Paris, 11. Februar. (M.B.) In der Tagesordnung, die der Nationalrat des allgemeinen Arbeiterverbandes (C.G.T.) gefällig angenommen hat, werden vor allen Dingen, indem jede Vereinigung mit den Kommunisten abgelehnt wird, folgende Forderungen gestellt:

1. Gewerkschaftliches Recht für Arbeiter und Beamte,
2. Gewerkschaftliche Arbeiterkontrolle,
3. Nationalisierung der öffentlichen Dienste, der Staatsbetriebe und der Bodenrenten,
4. Wiederaufbau der ehemaligen Kampfzone und
5. obligatorische soziale Versicherung der Arbeitslosen, sowie Alterspensionen.

## Der Wiedergutmachungsausschuß.

London, 11. Februar. Der Berliner Berichterstatter des „Daily Chronicle“ bezeichnet die Ernennung eines besonderen Ausschusses zur Vorbereitung der deutschen Gegenentwürfe als einen ungeheuer wichtigen Schritt auf dem Wege zur Regelung der Reparationsfrage. Die Zusammenlegung des Ausschusses beweise, daß die deutsche Regierung ihre größten Baiallone für den großen Kampf mobilisiere. Der Wiedergutmachungsausschuß könne als die Zusammenfassung aller Klugheit, Energie und des ganzen Scharfsinns der deutschen Industrie, Finanz, Schiffahrt und Landwirtschaft aufgefaßt werden.

## Die Arbeitslosen in England.

London, 11. Februar. „Daily Express“ meldet: Die Arbeitslosigkeit im Vereinigten Königreich nimmt zu. In der am 4. Februar endenden Woche betrug die Zahl der Arbeitslosen 1.108.000, das bedeutet gegenüber der vorhergehenden Woche eine Zunahme von 42.630.

## Die englisch-amerikanische Flottenrivalität.

London, 11. Februar. „Daily News“ meldet, daß Sir Audland Geddes, der britische Vizeadmiral in Washington, heute vom König in Audienz empfangen wird, ehe er auf seinen Washingtoner Posten zurückkehrt. Der Zweck des Besuchs von Sir Audland Geddes in England ist bisher offiziell nicht mitgeteilt worden.

Der New Yorker Berichterstatter der „Daily News“ berichtet jedoch, daß die vorherrschende Meinung in den Vereinigten Staaten die sei, daß die Reise des Vizeadmirals nach England mit der Frage der Flotten zur See zusammenhänge. Diese Frage beherrsche augenblicklich alle anderen Fragen in Amerika. Wie der Berichterstatter meldet, soll Geddes keineswegs britische Vorschläge in der Frage der Abrüstung zur See Harding überbringen, sondern im Gegenteil die Zustimmung der englischen Regierung zu Vorschlägen erlangen, die von der amerikanischen Regierung zu verhandelt werden sollen. England soll bereit sein, zuzustimmen, daß die amerikanische Flotte der Flotte irgendeiner anderen Macht gleichkomme, damit sie die Grundlage für ein Einvernehmen gebe.

Die Kommandanten der Flotte. Wie das „Journal des Debats“ meldet, hat die französische Regierung ein Einvernehmen mit russischer und deutscher Kommunisten erlassen. Die französische Polizei ist einem großen Kommunistenkomplott auf die Spur gekommen. Ein revolutionärer Putsch war für Anfang März in Südfrankreich und in den baskischen geplant. Der Russe Abramowitsch und zehn weitere Agenten der russischen Geheimpropaganda wurden verhaftet und mehrere Millionen Rubel Propagandageld beschlagnahmt.

Stinnes-Mörderdase. Das bekannte politische Witzblatt „Kladderadatsch“, das schon seit längerer Zeit nach rechts geschwenkt ist, wurde von dem Stinneschen Zeitungskonzern angekauft.

Wienfalsch. In der Erklärung der bayerischen Regierung vom 10. Februar (abgedruckt in unserm Freitag-Morgenblatt) leistet sie sich den wirklich herzerquickenden Ausdruck: „Sie verneint jedoch nicht, daß der Reichsregierung die letzte Entscheidung und die Verantwortung für ihre allenfallsigen Maßnahmen zufällt.“

Diese Wittergeburts der fürchterlichsten Bureautrautendunst sieht in einem doch offenbar wohlwollenden, auch kläfflich genau abgemessenen amtlichen Schriftstück, das in ersterer Zeit über einen hochwichtigen Gegenstand abgefaßt ist. Diese Erklärung eines jener armen Opfer der Schalkbühnen von ehemals, die der bayerische Humorist Graf Bock, selber ein hoher Staatsbeamter, als Staatsbühnenorganisator vertrieben hat, lebt also immer noch. Trotz dem die bayerische Regierung sich inzwischen von einer absolutistischen in eine konstitutionelle und schließlich in eine republikanisch-parlamentarische (ach, ihr Götter!) verwandelt hat. Das Amtsdeutsch blieb dasselbe, und vielleicht bekommt dieser Wechselbald „allenfalls“ noch Geschwister wie mehrheitlich. Entstanden ist dieses aus einem Gentils abgeleitete Ehrenschwert als Lieberhebung des eben so geschmacklos „eventuell“. Könnte eine offensichtliche bayerische Regierung nicht zu den vielen anderen Verboten eventuell auch diese beiden Wörter verbieten? Sie sind ja gänzlich überflüssig und bloße Bureautrautensprüche.

Die Zunahme des Alkoholkonsums. Daß der Alkoholkonsum gegenwärtig in Deutschland in gewissen Kreisen wieder stark in der Zunahme begriffen ist, zeigen einige Zahlen, die die Deutsche Weinwirtschaft Wochenchrift anführt. Nicht weniger als 8 Milliarden Mark werden gegenwärtig für alkoholische Getränke bei uns ausgegeben. 1914 wurden 6 Millionen Flaschen Sekt, 1919 dagegen 10 Millionen getrunken. In Bremen ist z. B. die Zahl der Destillanten, die vor dem Kriege 176 betrug und 1918 auf 9 gesunken war, 1920 wieder auf 60 angestiegen. Es wurden Fälle beobachtet, in denen junge Leute in einer Nacht 300 M. für Alkohol ausgaben und dann mit schwersten Vergiftungserscheinungen ins Krankenhaus gebracht wurden. Der Kampf gegen den Alkoholkonsum wird also wieder energisch aufgenommen werden.

„Anblichkeit“. Bericht Hauptmann Schömanns dramatisches Schicksal, wurde zur Illustration vom Stadttheater in Dresden angenommen.

Kunstausstellung. Vom 12. Februar bis 1. März 1921 findet im Buch- und Kunstmuseum „Edward“ (Leidamer Str. 12, eine Ausstellung Tibetischer Kunstwerke statt.

Die Wohltätigkeitsvorstellung zum Nutzen des Arbeiterhauses Danos. Das findet am Sonntag, 11. März, in der „Scala“, Luthers nahe 22/24, statt.

Thomas Mann kam am 4. Februarabend des Künstlerbundes im Werner-Elementar-Konzertsaal, Götterstrasse 47/48 am 20. Februar, 7 1/2 Uhr, aus eigenen Reihen vor.

Deutsche Gelehrte in Griechenland. Die hervorragende Stellung, die deutscher Archäologie unter Archäologen in Griechenland zukommt, wurde durch den Krieg zunächst vernichtet. Jetzt haben internationalen (unter finanziellen Diktat) deutsche Gelehrte (o Prof. Brückner und Prof. Müller von Thessalonien) wieder ihre Tätigkeit in Griechenland aufgenommen und die alten Beziehungen wieder hergestellt.



## Die Berliner Straßenbahn.

Wie dabei in Betracht kommenden Faktoren müssen Ihre Ehre haren sein, die durch die Unruhm der wirtschaftlichen Verhältnisse herabgewirtschaftete Straßenbahn wieder zu einem guten gemeinnützigen Unternehmen gestellen zu helfen.

Berlin—Paris—Wien.

Die Verfolgten hatten sich inzwischen nach Baden bei Wien geflüchtet, um dort in aller Stille und Ruhe von dem Ertrag ihrer Beute zu leben. Dreiner wurde zum dritten Male festgenommen und wird jetzt zur Aburtheilung zunächst nach Berlin gebracht.

Einß einer Polzeistube.

Die in Nr. 67 des „Vorwärts“ gemachten Mittheilungen über einen jungen Mann, der in Charlottenburg aus der Polizeistation an der Schlossstraße mit sehr eigenartigen Verletzungen heimkehrte, sind gleichzeitig in ähnlicher Form von der „Roten Fahne“ gebracht worden. Das Kommunistenblatt war aber nicht in der Lage, auch das im „Vorwärts“ veröffentlichte ärztliche Gutachten mitzuerzählen, das Hautabschürfungen und Wundergüsse unter die Haut in der Gegend der Leistenwundwundläuse und zahlreiche blutunterlaufene Stellen auf beiden Gesichtshälften becheinigte. Zu dem Uebersicht bemerkten wir: „Dieses Uebersicht ist wichtig für die Beantwortung der Frage, ob D. sich seine Verletzungen in einer nächt-

Seite 240n.

Selbstverständlich ist an der ganzen Forderung kein wahres Wort. Die Regierung denkt nicht im entferntesten daran, Schulgelder in Volksschulen zu erheben, und der Abbau der Vorschulen wird schneller erfolgen, als es den deutschnationalen Gegnern der Einheitschule lieb ist. Im übrigen sollte man auch in Sowjet wissen, daß der Volksschulunterricht durchaus nicht immer unentgeltlich war, sondern daß z. B. in Preußen bis 1887 Schul-

**Frauen** daß Ihr wählen dürft. dankt  
Ihr der Sozialdemokratie!  
Darum:  
**Wählt sozialdemokratisch!**  
**SPD**

gelder erhoben wurden. Die erfolgene Raschheit ist im übrigen ein „Seigniorat“ beifolgt, wie man durch aus der Luft gegriffene Behauptungen die Wählerschaft gegen die Regierung der Republik einzunehmen sucht. Hoffentlich glaubt man in Sollden nicht alles, was im Vertrauen auf die Kritikalität der Leser diesen vor-  
gesetzt wird.

Man schreibt uns: Für Donnerstag Abend hatten die Deutsch-nationalen in Berlin nach der Schulung in der Uredr. Straße eine Wählerversammlung einberufen. Die Hakenkreuzer waren nur sehr spärlich erschienen. Dafür füllte sich der Saal langsam mit — unseren Genossen. Kaum merkte der Vorsitzende, daß immer neue rote Scharen anrückten, versuchte er mit einem kleinen Taschentucherkundstück die als „öffentliche“ ausgeschriebene Versammlung in eine „Mitglieder-Versammlung mit Gästen“ umzuwandeln, was ihm aber nicht gelang. Die Anwesenheit der sozialistischen Gäste verwirrte den deutsch-nationalen Referenten bedenklich des Konzept. Trotzdem hörte man ihn mühsamhallen an. Zum Dent dafür wurde unser Diskussionsreferent, Genosse Dr. Bendtner, dem glühend volle fünf Minuten Redezeit gewährt waren, bei jedem Worte durch Gebüll der Hakenkreuzer unterbrochen. Als sich unsere Genossen diese Form der Gastmüßigkeit nicht gefallen lassen wollten, schloß der Vorsitzende plötzlich die Versammlung. Bei den nun folgenden Auseinandersetzungen stellte sich heraus, daß die deutsch-nationalen Heßten eine Schutztruppe (zum Schutze gegen man?) aufgebieten hatten, die bestand: 1. aus zwei Kriminalbeamten mit Polizisten

ihnen Straßenprügelei geholt haben könnte. Des Polizeipräsidenten, dem bereits Anzeige erstattet ist, wird vielleicht diese Annahme in Erwägung ziehen, aber dann nicht ohne Berücksichtigung des Arttellers urtheilen wollen." In dieser Bemerkung selbst lag die Note "Rathne", indem sie ihren Lesern nachsah, hiermit gäben wir das "Stichwort", mit dem die Feststeller sich aus der Schlinge ziehen könnten. Hat der Mann, der unseren Worten eine solche Auslegung zu geben versucht, wirklich ein so dickes Brett vor dem Kopf? Dabei unterschätzt die "Note Rathne", den ihr ja jetzt aus dem "Vormärts" bekannt gewordenen Vorfall aus dem Artteller mitzutheilen. Täte sie das, dann würde auch der blümste ihrer Leser begreifen, was er von der Auslegung ihrer Worte zu halten hat. Die in Nr. 67 des "Vormärts" veröffentlichten Angaben des jungen Mannes enthalten auch den Satz: "Man habe ihn gefragt, ob er seinen Eltern folgen werde, daß er auf der Wache gefesselt worden sei oder daß er die Barkeklungen auf der Straße erhalten habe." Dieselbe Angabe ist der "Note Rathne" von einem Angehörigen des jungen Mannes gemacht worden. Die "Note Rathne" hat sie aber weggelassen und teilt sie ihren Lesern aus jetzt noch nicht mit.

Du sollst nicht prägen!

Der Stab in der Hand des Lehrers wirkt manchmal wie ein zweifelschneidendes Schwert. Daß körperliche Züchtung ein Stab nicht nur unethisch, sondern auch ergebnislos abgeben kann, möchten die Freunde des Prügelregiments nicht zugeben. Aber die Erfahrung hat mancher von ihnen schon selber machen müssen, daß eine mit alljährlicher Überdosis bedachte Prügelpolizei mitunter auch für das Prügelregiment selbst recht unangenehm wird.

In der Berliner 251. Gemeindeschule am Götlicher Ufer hat der Rektor Herzog, der infolge eines Mißverständnisses einen Schüler frohen zu sollen glaubte, bei seiner mit dem Stock ausgeführten Erziehungsarbeit dem Jungen ins Gesicht getroffen, als doch der Knabe einen 4 Zentimeter langen Riß quer über beide Wangen beiseitigte. Auf eine Beschwerde des Vaters antwortete Stadtschulrath Fischer, beim Prügelein sei ein Unfall von dem Stock ausgegangen und habe einen leichten Hautriß an der Wange verursacht; man könne „also nur eine unglückliche Vertretung von widrigen Umständen als Ursache für den Vorfall annehmen, oder nicht eine Verüberschreitung des Pädagogerechtes zugeben“. Nach dem uns gegebenen Darstellung müssen wir annehmen, daß Herr Herzog erregt zugehauen und nicht gesehen hat, wohin er traf. Den Ansehensmann sehr nervösen und wohl schon aufgebrauchten Mann sollte seine Dienstbehörde dringend ermahnen, künftig überhaupt nicht mehr zu prügeln.

Rektor Herzog weigert sich, die für das Mittel geachteten 30 M. zu leisten. Dem Väter des Sunnen hat Stadtschulrat Müller geschrieben, in dieser Sache könne nach der Rechtslage die Schuldhaftung auf den Rektor seinen Einfluß ausüben. Uns scheint, daß es nur der Billigkeit entspreche, wenn der prunkende Pädagoge sein Bedauern über den von ihm anverurteilten Schaden auch durch Erstattung der Mittelkosten zum Ausdruck brächte.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, liegt  
der heutigen Vorkausgabe bei.

hund und Kessolver; 2 Gummistiefel, 3 Kessolver, drei Gummistiefel und ein Kessolver konnten den Hakenkreuzleuten abgenommen werden. Besonders bemerkenswert ist aber die Anwesenheit der beiden Kriminalbeamten. Sollten die etwa Aufzeichnungen für späteren Gebrauch machen? Der Polizeipräsident, Genosse Richter, muß unbedingt für Aufklärung dieses eigenartigen Falles sorgen.

Was während eines Wahlkampfes an Lügen, Verleumdungen, Verdrehungen und faulsten Behauptungen von den nationalsten Parteien geleistet wird, geht kaum auf eine Aushaht. Gerade die Vertreter derjenigen Parteien, die bei jeder Gelegenheit mit dem „Ehrenwort“ umherwerfen und sich ihrer Wahrheitsliebe rühmen, treiben es am ärgsten.

Da früheren Wohlkämpfen begnügte man sich damit, der Sozialdemokratie vorzumerken, sie wolle „die Kirche abschaffen“, sie wolle „teilen“, sie wolle „die freie Liebe einführen“ usw. usw. Heute ziehen diese Märchen nicht mehr — die Sozialdemokratie ist trotzdem groß und stark geworden. Jetzt heißt es: Die Revolution ist an allem Schuld, in dem wir stehen, schuld. Vergessen ist, daß man uns in den Krieg gekehrt hat. Vergessen hat man, daß auch hunderttausende Sozialdemokraten den Tod für das eigene Land gestorben sind. Die Sozialdemokratie habe schuld an dem elenden Friedensvertrag. Die Sozialdemokratie sei schuld, daß die Marokkaner gefoltert ist.

Diese und ähnliche Tugenden kehren immer wieder. Selbst Ansprüche ihrer eigenen Parteiengenossen, die es mit der Wahrheit genauer nehmen, werden von den „unkümmerten“ Schmeichlern geflissentlich überhört. Selbst das, was ihre eigenen Zeitungen schreiben, ist vergessen, wenn es ihnen nicht in den Kram paßt. Es ist nur an einige Ausprüche erinnert.

Am 9. November 1919 schrieb Graf Pöschdowski in der „Post“:

„Es wäre eine Uebertreibung, zu behaupten, daß all das politische, wirtschaftliche und sittliche Elend, unter dem unser Volk leidet, eine Folge der Revolution sei. Die Ursache hiervon liegt in der seelischen, körperlichen und sittlichen Erschöpfung des Volkes als Folge eines vierzehnjährigen Krieges, der uns überanstrengt und unsere Widerstandskraft geschwächt hat.“

„Wir dürfen nicht vergessen, daß die heutigen Verhältnisse durch einen langen Krieg hervorgerufen sind und daß keine Regierung Umstände ist, die Verhältnisse so zu gestalten, daß sie nach jedermanns Befriedung sind.“

Ein weiteres Kapitel im Lügenfeldzug sind die Beschreibungen und persönlichen Beschimpfungen bewährter Parteiführer. Welcher sozialdemokratische Minister hat nicht schon irgend etwas „verschoben“. Den jüngsten sozialdemokratischen Senator, Müns, und Gemeinderatsleiter will man beim Schließen ertröpft haben. Sollen die Herrschaften, die das behaupten, dann vor Gericht den Wahrheitsbeweis antreten, versagen sie Mühsig und bitten de- und wehmützig um Entschuldigung. In den Zeitungen wird es dann so hingestellt, als wenn die Vergleiche von den — Verleumdeten nur aus Angst geschlossen werden.

Und was bedeutet man mit dem ganzen Schwindel? Man will dem Volke den Sozialismus bereikeln, man will den guten Bürger gruseln machen. Lügen haben aber kurze Beine und wir brauchen deshalb nicht darauf zu sein. Diese Leute werden das alte System nicht mehr einführen. Der Sozialismus marschiert — trotzdem. Sagt doch selbst Graf Reventlow am 18. November 1919 in der „Deutschen Tageszeitung“: „Das System ist endgültig verschwunden, deshalb darf man nicht im unklaren sein.“

Die Wähler sollten sich diese Sätze merken und den „nationalen“ Schwämmern, gleich ob sie von Beckers, Straßmann oder sonst wem inspiriert seien, am 20. Februar die Antwort geben, indem sie sozialdemokratisch wählen!

## England und das englische Volk

Die Agence Hayes erhielt aus London, in Großbritannien, welche die Ankunft einer Gruppe von französischen Industriellen erwartet, die über ein Abkommen mit englischen Industriellen unterhandeln sollte. Es handelte sich dabei um die im Elsass gewonnenen Kalimengen, für deren Verarbeitung die Franzosen die nötigen Einrichtungen nicht besäßen. Engländer besaßen diese Einrichtungen und es handelte sich darum, zwischen den französischen und englischen Unternehmern eine Arbeitsgemeinschaft durchzuführen.

Deutsche Petroleum U. G. Die der Deutschen Bank nahestehende Gesellschaft, die durch ein Vorkaufsgeschäft mit dem Verkauf der Aktienmehrheit der Società Romana, der bekannten Gesellschaft zur Ausbeutung rumänischer Petroleumquellen, riesige Gewinne erzielt hat, legt ihre Bilanz für das 17. Rechnungsjahr 1919/20 und für das Geschäftsjahr vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1920 vor. Als Dividende sollen für beide Rechnungsjahre je 30 Proz. zur Ausschüttung gelangen. Da aber das letzte Geschäftsjahr nur drei Monate umfaßt, kommt der Dividendenbetrag auf das Jahr umgerechnet, 120 Proz. gleich! — Ein verlorener Krieg braucht also für die Kapitalisten nicht immer ein schlechtes Geschäft zu sein.

Die Schiffsbauverwaltung des Reichs und das Reich. Ueber die geplante Finanzierung des Reichskanals erzählt unser Stettener Portalkorrespondent die „Schwedische Tagespost“, daß auf Reichsflaß des Reichs zur Aufbringung der gesamten Kosten, die heute auf rund zwei Milliarden geschätzt werden, eine Aktiengesellschaft mit 500 Millionen Aktien gegründet werden soll mit einem Kapital von 500 Millionen Mark und einem Obligationenabkommen von bis zu 1500 Millionen. Die Bauzeit ist auf 12 Jahre angenommen. Das Reich wird für die gesamten Obligationen, die Pfandengaranten übernehmen und hofft, daß dahinter noch die Garantie der Länder tritt. In dem Aktienkapital wird sich das Reich mit 30 Proz. beteiligen und, wenn die Länder das gleiche tun, in ungünstigen Jahren auf die Vergütung des Aktienkapitals verzichten. Die Aktien gesellschaft wird den ganzen Kanal bis Pleschinn einschließlich der Kraftwerke bauen. Die Einnahmen aus dem Strom sollen zum Betrieb und zur Erhaltung der Wasserkraftwerke, sowie zur Verrückung der Amortisation des gesamten Baukapitals herangezogen werden. Den Betrieb und andere Unternehmungen auf der Schiffahrtstraße soll das Reich aus den Schiffahrtseinnahmen bestreiten.

Morgen, Sonnabend, den 12. Februar:

Wkt. 3a. Die Funktionen des finden sich zur Empfangnahme der Flugblätter bei Schrm. Charlotiensz. 7. vom 6 Uhr abends ab, und im Verhinderungsfalle am Sonntag 1811 9 Uhr ab.



# Gewerkschaftsbewegung

## Rechtsverbindlichkeitserklärungen unanfechtbar.

Diese alle Gewerkschaften interessierende Frage ist erneut bejahend beantwortet worden. Die Binnenschlichter der westdeutschen Kantile haben im Oktober 1920 einen Streit zur Durchsetzung eines Tarifvertrages geführt. Der Reichskommissar Mehlich hatte am 5. November 1920 einen Schiedsspruch in der Lohnfrage gefällt, der am 9. November vom Reichsarbeitsministerium für rechtsverbindlich erklärt wurde. Die Unternehmer hatten weder den Schiedsspruch noch die Rechtsverbindlichkeitserklärung anerkannt. Es war dann zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinbart worden, daß eine Nachprüfung der Rechtmäßigkeit der Rechtsverbindlichkeitserklärung durch ein Kollegium von 5 beamteten Richtern erfolgen sollte. Diese Nachprüfung hat am 6. Februar 1921 stattgefunden. Das Richterkollegium kam zu der Auffassung, daß die Rechtsverbindlichkeitserklärung durch das Reichsarbeitsministerium rechtmäßig sei und wurden dem Arbeitgeberverband für Binnenschlichter die Tragung der Kosten des Verfahrens (30.000 M.) auferlegt.

Bei der Beschlußfassung der Richter lagen alle Landes- und Gewerbegerichtsurteile vor, welche sich für oder gegen die Rechtmäßigkeit von rechtsverbindlich erklärten Schiedssprüchen ausgesprochen. Durch die Entscheidung der 5 beamteten Richter ist prä-

judiziert, daß Rechtsverbindlichkeitserklärungen unanfechtbar sind. Die Mitglieder des Richterkollegiums waren: Landesgerichtsdirektor Dr. Korden (Dortmund), Kammergerichtsrat Freymuth (Berlin), Landgerichtsrat Ruben (Berlin), Landgerichtsrat Schommer (Köln), Landgerichtsrat Thier (Dortmund).

## Vor einem Artistenstreik.

Die Anzeichen sprechen dafür, daß es auch im Variété- und Kabarettgewerbe zu Unruhen kommen wird. Seit 1½ Jahren besteht ein rechtsverbindlicher Tarifvertrag, der die gesamten Vergütungs- und Engagementsverhältnisse regelt und zur Durchführung einen paritätischen Fachauschuss vorsieht, der alle Tariffragen entscheidet. Die Mindestgage war feinerzeit auf 200 M. monatlich festgelegt worden. Schon vor Jahresfrist hatte die Internationale Artistenloge die Mindestgage gekündigt, da deren Regelung vertragsgemäß vom Fachauschuss vorgenommen werden kann. Die Arbeitgeber im Fachauschuss hatten aber als Kompensation damals Verringerungen des Tarifvertrages hinsichtlich der Konkurrenzklause und der Zahlung für Krankentage verlangt. Diese können aber nur von den Generalsammlungen der fünf tarifbeteiligten Verbände vorgenommen werden. Daran scheiterte im vorigen Jahre die Einigung.

Anfang dieses Jahres beantragte die Artistenloge von neuem die Herabsetzung der Mindestgage. Dienstag tagte der

Fachauschuss, der mit acht Arbeitgebern und acht Arbeitnehmern besetzt ist, unter Vorsitz des unparteiischen Obmanns Reg. Rat T. b. b. des Referenten für Bühnenangelegenheiten beim Reichsarbeitsministerium. Von diesem wurde eine gestaffelte Mindestgage von 1200 M. für die erste Person in jeder Darbietung, 900 M. für jede weitere Person der Truppe und 750 M. monatlich für Beurlinger vorgeschlagen. Die Arbeitnehmer zogen ihre Entwürfe zurück und stimmten zu. Die Arbeitgeber wollten aber über einen Staffeltarif überhaupt nicht abstimmen und verlangten auch die Abänderung der Konkurrenzklause und Krankentagesparagrafen, obwohl sie wußten, daß die Veroppelung dieser Dinge nicht möglich ist. Die Arbeitnehmer erklärten sich bereit, alsbald in erneute Verhandlungen unter Hinzuziehung des Arbeitsministeriums auch über diese Punkte einzutreten, jedoch müsse der Fachauschuss erst die Mindestgage regeln, wozu er ja zusammengetreten sei. Da erklärten plötzlich die Arbeitgeberbeisitzer, sie hätten kein Interesse, weiter zu verhandeln und verließen den Saal.

Damit kann der Fachauschuss als gesprengt angesehen werden. Die Arbeitnehmer sind über die Handlungsweise der Unternehmer sehr erregt, und die Artistenorganisationsplanen, einen einseitigen Proteststreik im ganzen Reich, der an einem der nächsten Sonntage stattfinden dürfte. Ueber weitere Maßnahmen werden noch Beratungen gepflogen.

Bericht für den redakt. Teil: Dr. Werner Seiler, Charlottenburg; für die Anzeigen: Dr. H. H. Berlin. Verlag: Germania-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Germania-Verlag G. m. b. H., Berlin. Vertrieb: Paul Singer & Co., Berlin. Preis: 10 Pf.

## Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer

Sonntag, den 13. Februar, vormittags 9 1/2 Uhr:

## Ungeordentliche General-Versammlung

im großen Saale der Berliner Volksbühne, Fiedrichstraße 2/3.

Tagesordnung:

### Bericht von der Tarifauschussführung.

Für diese Versammlung sind eingeladen die Delegierten, Vertrauensleute und Beauftragten.

## S. Joseph Schöneberg

Hauptstraße 1, Ecke Grunewaldstraße

## Einsegnungs-Anzüge

Dunkelblauer Cheviot	1-reih.	295 <sup>00</sup>	325 <sup>00</sup>	usw.
Dunkelblauer Cheviot	1- u. 2-reih.	345 <sup>00</sup>	365 <sup>00</sup>	usw.
Dunkelbl. Kammgarn	1- u. 2-reih.	475 <sup>00</sup>	550 <sup>00</sup>	usw.
Marengo-Cheviot	1- u. 2-reih.	395 <sup>00</sup>	450 <sup>00</sup>	usw.
Dunkelmeierter Cheviot	1- u. 2-reih.	385 <sup>00</sup>	425 <sup>00</sup>	usw.

## Gute, haltbare Stoffe u. Zutaten

## Lederwaren Inventur-Verkauf

vom 3.-15. Februar

Preiswerte Angebote in allen Artikeln!

Größte Auswahl in Reise- und Damentaschen, Koffer, Schul- und Aktenmappen

Friedrich Panneck, Sattlermeister  
Neukölln, Bergstr. 135, Ecke Rosenstr.

## Film-Palast

Koppenstraße 29. Kart. 4114  
Vom 11. bis 17. Februar  
Der Kolossalfilm

## Cabiria

Der Kampf u. d. Weitherrlichkeit

## Der Zwangsmieter

Burleske in 2 Akten.

## Vagabund

Burleske in 2 Akten.

## Zinn, Blei, Kupfer,

Wessing, Rotguth

läuft für eigenen Bedarf

Metall-Handels-Gesellschaft

Groß-Berlin, Schöneberg, 11. St.

an der Köpenicker Straße.

Telefon: 11. St. 4782.

11. St. 4782.

## Ruhebetten!

Gute Verarbeitung

kein Wasserzug

Girard, Reußlin,

Angegrabenstr. 2.

Telefon: 11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

## Getwanger

Preisabbau!

Durch Neu- und Fertig-

Möbel

aus erstklassigen Materialien

Speiseschrank 2975 M.

Schlafzimmer 3750 M.

Bettzimmer 5850 M.

Rücken 375 M.

Neugebauer

Charlottenburg

Wilmersdorfer Str. 128 I

Edelholz, kein Lack

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

## Nach beendeter Saison noch vorhandene

## Rest-Bestände

verkaufen wir ohne Rücksicht auf den früheren Wert zu

fabelhaft billigen Preisen!

Winter-Mäntel	M.	65	79	89	93	125
Astrachan-Mäntel	M.	295	398	475	575	675
Plüsch-Mäntel	M.	295	398	498	675	775
Krimmer-Mäntel	M.	675	775	875	925	975
Seal-Mäntel	M.	1475	1875	2150	2450	2750
Pelz-Mäntel	M.	2450	2650	2950	3600	3950
Blusen verschied. Stoffe	M.	1575	1975	2450	2950	3975
Kleider in versch. edlenen	M.	79	89	98	125	145
Nachrichten	M.	79	89	98	125	145

## M. Kraus & Co

Spezialgeschäft für Herren- und Damenkleidung

Berlin O., Frankfurter Allee 50

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

## Künstliche Zähne

In natürlichem Aussehen! Kronen, Brücken usw., Zahnziehen, Plombieren mit Betäubung, Umarbeiten schlechter Arbeit, Gipsabnahme, Reparaturen in 1 Tage. Personal, schonend, Behandlung, Mäßige Preise. Teilzahlung.

Zahnpraxis Schneider, Neukölln, Bergstr. 82

Öffnungszeiten: 9-12, Sonntags 9-11. Tel. Neuk. 463

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.

11. St. 1306.